

Kommentar

Autorität des Innenministers steht auf dem Spiel

Der Bundesinnenminister spielt gerade am Rande der Koalitionsverhandlungen eine unberechenbare Rolle. Hans-Peter Friedrich wird zwar schon lange nachgesagt, dass das wichtige Innenressort ihm noch nie besonders am Herzen lag. Gerade allerdings ist er dabei, seine Autorität zu verspielen. Sein Parteichef Horst Seehofer von der CSU dürfte über Friedrichs undurchsichtige Manöver mitten in den Koalitionsverhandlungen alles andere als begeistert sein.



Rena Lehmann
zu Friedrichs
Maut-Vorstoß

bewirken will – hat er allerdings auch die Verhandlungsbasis der CSU gegenüber der Schwesterpartei CDU und gegenüber der SPD erheblich geschwächt. Er hat die beiden heiklen Themen Maut, ein Lieblingsprojekt seiner Partei, das Horst Seehofer unbedingt durchsetzen will, mit der aktuellen

Debatte um staatliche Überwachung und Abhörmethoden verquickt. Seit die Tragweite der NSA-Datensammlung in Deutschland Anlass für Empörung liefert, ist die Forderung nach der massenhaften Auswertung von Autofahrerdaten eine ziemlich provozierende Angelegenheit. Die CSU wird es schon schwer genug haben, ihren Traum von einer bundesweiten Pkw-Maut in einer schwarz-roten Koalition auf den Weg zu bringen. Friedrich hat ihr das mit seiner Forderung nicht leichter gemacht. Selbst wenn er sie gleich wieder vom Tisch genommen hat: Dass auch er vor Datensammlungen nicht zurückschreckt, bleibt hängen.

E-Mail: rena.lehmann@rhein-zeitung.net

Das Hin und Her des gestrigen Tages sucht in der Geschichte der Ministervorstöße schon seinesgleichen: Am Morgen gibt der Bundesinnenminister sich mit der Forderung als harter Sheriff in der Sicherheitspolitik, man möge künftig Mautdaten zur Verbrechensbekämpfung auslesen und verwenden. Mittags dann tritt er vor die Presse mit der Ansage, das Ganze hätte sich schon wieder erledigt. Neben seiner eigenen Glaubwürdigkeit – denn man fragt sich doch allmählich, was der Minister in der Innenpolitik künftig

Leserbriefe

Windkraft Mit gemischten Gefühlen reagieren Kommunalpolitiker aus den Gemeinden am linken Mittelrhein auf die Entscheidung der Verbandsgemeinde (VG) Loreley, aus dem Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal auszutreten.

„Sprachlos“

Die Nachricht ist nun zwar bereits einige Tage her, aber ich bin immer noch tief beeindruckt über die mutige Entscheidung aus den Ministerien in Mainz, auch im erweiterten Umland des Welterbes Mittelrheintal keine Windräder zuzulassen. Dies zu einem Zeitpunkt, da manch wälerschwache Partei glaubt, mit dem Thema moderner Energiegewinnung immer und sicher punkten zu können.

Völlig sprachlos bin ich von der darauf folgenden Nachricht, dass von 22 Gemeinden ganze 21 aus dem Zweckverband Unesco Mittelrheintal austreten wollen, weil man ihnen hier eine autarke Einnahmequelle nehmen will. Gibt es denn wirklich nur einen Ortsbürgermeister in dieser Region, der sich als gewählter Schützer unserer Landschaftskultur versteht? Die restlichen 21 sind für mich Kasenwarte eines Ortsvereins, die nicht verstanden haben, worin der Wert ihrer Gemeinde in dieser Landschaft wirklich liegt. Die Täler und weichen Hügel, die sich an das schroff abfallende Rheintal anschließen, sind unvergleichlich schön. Der Hunsrück mit einer ähnlichen Landschaft zeigt uns heute, wie sehr man dieses Gut mit Windparks verunfallen kann. Daher mein Appell an die 21 Ortsbürgermeister: Nehmen Sie Ihren Hut, und machen Sie den Platz frei für Menschen, die nicht nur aus dieser Region kommen, sondern auch unsere Heimat, so unvergleichlich sie ist, lieben, schützen und bewahren wollen. Es gibt in Deutschland wenig, aber genug ödes, flaches Land, an dem man Windräder bauen kann, wenn man denn will, obwohl der Bedarf ja bereits gedeckt zu sein scheint.

Alexander von Canal, Koblenz

Waldgesetz Der Vorschlag der rheinland-pfälzischen Umweltministerin Ulrike Höfken (Grüne), zukünftig weniger Wald aufzuforstern, hat bei den Naturschutzverbänden BUND und Naturschutzbund (Nabu) eine heftige Diskussion entfacht.

„Nicht entzweit“

Der Flächenverlust für die Landwirtschaft stammt, wenn überhaupt, nur zu einem geringen Teil

von der geringfügigen Waldzunahme. Die Hauptursache dürfte vielmehr im Umbruch von Ackerflächen, besonders für EnergieMais, im Bau von Industrie- und Gewerbegebieten, im Straßenbau sowie in der weiteren Versiegelung von natürlichen Flächen liegen. Wir befürchten einfach, dass durch die vorgesehene Änderung des Landeswaldgesetzes die Ausweitung von Gewerbe- und Industriegebieten sowie die Realisierung von unnötigen Straßenbaumaßnahmen auf Kosten des Waldes erleichtert werden, da kein Ausgleich mehr gefunden, sondern einfach eine Geldabgabe geleistet werden soll. Stattdessen wäre es wichtig, die Grünlandflächen in einem längst fälligen Landesnaturschutzgesetz mit einem konsequenten Grünlandumbruchverbot direkt zu schützen, anstatt in unsere wertvollen Wälder einzugreifen.

Wir betrachten es jedoch von der Rhein-Zeitung als unfair und als unnötige Effekthascherei, mit einer Überschrift wie „Waldgesetz zeitweilig Naturschützer im Land“ zu titeln. BUND und Nabu haben hier eine durchaus differenzierte Auffassung, das ist in demokratisch organisierten Verbänden völlig normal und in einer Demokratie auch notwendig. Sie dienen dem öffentlichen Diskurs, nicht einer „Entzweiung“. Wir lassen uns von niemandem „entzweiten“.

Harry Neumann, BUND-Landesvorsitzender, Quirnbach

Kirche Priester und Laien in der Diözese Limburg können sich eine Zukunft mit dem beurlaubten Bischof nicht mehr vorstellen.

„Eine Chance“

Im Gegensatz zu den sogenannten christlichen Laien und Priestern des Bistums Limburg bin ich als Katholik der Meinung, dass Bischof Franz-Peter Tebartz-van-Elst sehr wohl eine zweite Chance verdient hat. Ich schäme mich als Katholik für den Umgang der Limburger Laien und Priester sowie eines Teils der deutschen Bischöfe mit ihrem Glaubensbruder. Ich bedaure den Nachfolger auf dem Bischofsstuhl schon heute für sein kommendes Wirken im Bistum Limburg.

Siegfried Ruhnau, Döttesfeld

Ihr Kontakt zu uns

Sie möchten auch Stellung zu Themen unserer Zeit oder unserer Zeitung beziehen? Schreiben Sie uns:

Rhein Zeitung „Leserbriefe“
56055 Koblenz
Fax: 0261/892-122
leserbriefe@rhein-zeitung.net

Gegen den Strich von Jürgen Tomicek



Herbstlaub

Stress: Das quälend lange Warten auf die Operation

Gastbeitrag Wie Kliniken das Vertrauen der Patienten erhöhen können

Von German Quernheim

Im Verkauf, im Hotel oder in der Reisebranche gehört der Umgang mit wartenden Kunden zu den Basisqualifikationen. In den Lehrplänen für Pflegekräfte und Ärzte dagegen fehlen solche Inhalte. Eine aktuelle Studie der Pflegewissenschaft untersuchte dieses brisante Thema: Was genau erleben Patienten eigentlich, wenn sie stunden- oder tagelang auf den geplanten OP-Eingriff warten? Welche Bedürfnisse haben sie dabei? Und was wünschen sie sich konkret von den Mitarbeitern der Klinik?

Viele Menschen, die auf eine Operation warten, befinden sich in einer besonders stressreichen Situation. Insbesondere die lange Wartezeit ohne Essen und Trinken wird als äußerst belastend erlebt. Die Patienten dieser Studie erhielten dabei die letzte Mahlzeit am Nachmittag des Vortages vor der geplanten OP. Nicht einer der Patienten wurde vorab über den tatsächlich geplanten OP-Zeitpunkt informiert. Alle Patienten gingen von der verständlichen Annahme aus, am Vormittag, spätestens jedoch bis zum frühen Nachmittag operiert zu werden.

Dass in großen Kliniken der OP im Zweischichtsystem – und das heißt von 7 bis 23 Uhr – betrieben wird, war keinem der Patienten bekannt. Diese fehlende Information hatte zur Folge, dass einige Patienten sich ab dem Nachmittag sorgten und hofften, auf den nächsten Tag verschoben zu werden. Sie nahmen irrtümlich an, dass Arzt und OP-Team seit den Morgenstunden am Tisch stehen und ab dem Nachmittag erschöpft seien.

Eine Patientin berichtete von ihrer geplanten Hüft-OP, die insgesamt viermal verschoben wurde. Informationen zur Verschiebung erhielt sie erst auf Nachfrage am späten Abend. Die Ärzte versprachen ihr zwar, dass die OP am Folgetag stattfände, hielten sich aber nicht an dieses Versprechen. Erst fünf Tage später um 22.30 Uhr begann für diese Patientin der Weg in den OP.

Seit den späten 1980er-Jahren empfehlen die Anästhesie-Fachgesellschaften, dass Patienten bei den meisten Operationen bis zu zwei Stunden vorher trinken und bis zu sechs Stunden vorher sogar essen dürfen, damit sich nicht zu viel Magensaft im nüchternen Magen sammelt. Gravierender noch sind dabei die Auswirkungen un-



Kein Einzelfall: Stundenlanges Warten auf den OP-Beginn

zureichender Versorgung mit Nährstoffen und Flüssigkeit. Dadurch kann es zu Wundheilungsstörungen und anderen Komplikationen kommen. Ein Koblenzer Fachanwalt rechnet dabei mit Schadensersatzforderungen von 500 Euro für jeden Tag, an dem ein Patient nüchtern (ohne Essen und Trinken) auf seinen Eingriff warten muss.

Experten fordern, dass Kliniken ihr OP-Management endlich professionalisieren sollten. Dabei erhalten beispielsweise alle Patienten, die nach 14 Uhr operiert werden, morgens Frühstück und bis zum Mittag auch ein ausreichendes Trinkangebot.

Die jetzt veröffentlichte Studie der Pflegeforschung identifiziert beim Warten auf die OP verschiedene Wartetypen. Kommt es zu einer OP-Verzögerung, kann mit diesem Wissen zukünftig vonseiten der Klinikmit-

arbeiter entsprechend reagiert werden. Privatpatienten zum Beispiel erleben die OP-Verzögerung besonders negativ: Wie durch

Unser Gastautor

Dr. rer. medic. German Quernheim aus Montabaur/Westerwald ist Krankenpfleger, Diplom-Pflegepädagoge und Pflegewissenschaftler.

Als Fachbuchautor, Dozent und Coach arbeitet er an vielen Kliniken und Bildungseinrichtungen des Gesundheitswesens in Deutschland, Österreich und auch in der Schweiz.

Seine Dissertation zum Thema „Warten und Durchhalten“ ist kürzlich im Huber-Verlag erschienen und kostet 24,95 Euro.

Weitere Informationen unter: www.german-quernheim.de

mehrere Studien bekannt, erhalten sie bei Haus- und Fachärzten deutlich schneller einen Termin. Kommt es nun in der Klinik zur Verzögerung ihrer geplanten Operation, fehlt Privatpatienten oft das Verständnis. Umgedreht glauben nicht alle gesetzlich versicherten Patienten der Klinikinformation, dass ihre OP aufgrund eines akuten Notfalls oder Unfalls verschoben werden muss. Stattdessen gehen einige davon aus, dass in ihrem Fall Privatpatienten vorgezogen wurden. Das Vertrauen zwischen Patient und den Klinikmitarbeitern ist entscheidend und lässt sich vonseiten der Klinik durch einfache Grundregeln positiv beeinflussen.

Aus dem Kontext der Universität Witten/Herdecke heraus hat ein interdisziplinäres Spezialistenteam aus Pflegewissenschaftlern, Ärzten, Prozessberatern und IT-Experten Antworten auf diese komplexen Fragestellungen rund um den OP entwickelt. Entgegen der landläufigen Meinung: „Aufgrund von akuten Unfällen und klinikinternen Notfällen lassen sich Operationen prinzipiell nur schlecht planen“ vertreten die Experten die nachfolgenden Thesen:

1 Eine transparente Prozesssteuerung ermöglicht es, OP-Wartezeiten drastisch zu reduzieren und damit die Häufigkeit von Komplikationen zu senken.

2 Der Einsatz interaktiver mobiler Angebote – zum Beispiel einer Smartphone-App mit Anzeige der verbleibenden Zeit bis zur OP, Entspannungsübungen und so weiter – verhindert das häufige Grübeln und die negativen Gedanken vor der Operation, unter denen viele Patienten leiden.

3 Durch vertrauensbildende Maßnahmen werden längere OP-Laufzeiten toleriert, und es kommt zu deutlich besseren Empfehlungen der Patienten zum Beispiel in Internetportalen wie www.klinikbewertungen.de sowie zu positiveren Rückmeldungen im Bekanntenkreis des Patienten und beim zuweisenden Hausarzt.

Leseranwalt

Jochen Kampmann
ist Ihr Mann in
unserer Redaktion



RZ-Leseranwalt, 56055 Koblenz
leseranwalt@rhein-zeitung.net

Gemeinsam geht es um Qualität

Sie heißen Leseranwalt, Leserbombardier oder Ombudsmann. Die Bezeichnungen sind unterschiedlich, die Gemeinsamkeiten groß. Es geht um Nähe zu den Lesern und um das Sichern von Qualität in den Medien. Immer mehr Verlage bekunden Interesse daran, solche Stellen zu schaffen. Ich erzählte Ihnen bereits an dieser Stelle, dass sich Leseranwälte aus ganz Deutschland – und einer aus der Schweiz – hier bei uns in Koblenz trafen. Vor gut zwei Jahren hatte sich die Vereinigung der Medien-Ombudsleute in Deutschland gegründet – im fränkischen Hof. Aus einer Handvoll ist bereits eine recht stattliche Gruppe geworden. Vertreter zweier weiterer Medienhäuser saßen als Interessenten mit am Tisch.

Solche Treffen müssen nicht immer wegweisende Ergebnisse nach sich ziehen. Ein Gedankenaustausch ist oft fruchtbarer als Diskussionen über Wünschenswertes, am Ende aber doch nicht Machbares. Wie halten es die einen, was hat sich bei anderen als sinnvoll erwiesen?

Leseranwalt hat nichts mit Jura und Rechtsprechung zu tun – diesem Missverständnis begegnen Kollegen immer wieder. Interessant war die Haltung des Deutschen Presserats, der die Leseranwälte als Ergänzung zu seiner Arbeit betrachtet. Denn beiden geht es um Qualität in den Medien.

Tweet des Tages

Liebe Linke, Sankt Martin war Militär, der Reichtum skeptisch sah und sich für sozial Schwache einsetzte. Was ist Euer Problem?!!

twitter.com/HollsteinM

Facebook

BGH: Mieter müssen bunte Wände weiß

Bumblebee Barnes: Finde ich absolut korrekt! Meine Farbwahl gefällt nicht jedem, also warum sollte der Nachmieter darunter „leiden“?

Sie finden uns unter facebook.com/rheinzeitung

Das bringt der Tag

Kassensturz in Berlin
Bundesfinanzminister Schäuble gibt die Ergebnisse der Steuer-schätzung bekannt.

Sternstunde für Restaurants
Der „Guide Michelin Deutschland 2014“ wird präsentiert.

Macht hoch die Tür
In Himmelpfort wird die Weihnachtspostfiliale eröffnet.

Video des Tages



Jetman umkreist den Fuji
Mithilfe eines selbst gebauten Anzugs umflog der Schweizer Yves Rossy Japans höchsten Berg. 6 bis 13 Minuten dauerte die spektakuläre Aktion, bei der Rossy Spitzengeschwindigkeiten von 300 km/h erreichte.

Das Video finden Sie unter <http://ku-rz.de/jetman>